V-18 Vermögenssteuer

Antragsteller*in:	Andreas Kleist (KV Coburg-Land)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Wir fordern die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen mit Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen auf, sich für die Aufhebung der Aussetzung der Vermögenssteuer einzusetzen, wie es im Bundestagswahlprogramm 2021 formuliert und beschlossen wurde.

Begründung

Bündnis90/Die Grünen beschlossen in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 folgende Absicht:

„Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir. … Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über dem EU-Durchschnitt. … Wir wollen solche große Vermögen wieder stärker besteuern. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen."

Das Wahlprogramm wurde an dieser Stelle im Koalitionsvertrag und im Regierungshandeln nicht umgesetzt und die Vermögensungleichheit hat sich von 2021 bis 2024 nochmals deutlich vergrößert.

Die Einführung einer solchen Steuer würde Einnahmen von 30 Milliarden Euro pro Jahr von etwa 1,5 Millionen betroffenen Steuerpflichtigen generieren und würde zu je 1/3 aus Geldvermögen, Immobilienvermögen und Produktivvermögen stammen. Bei der Einführung der Vermögenssteuer entspräche diese Regelung etwa der Situation in Frankreich.

Während die Reichen selbst in der Krise noch reicher werden, arbeiten die meisten Menschen zu schlechten Löhnen und schlechten Bedingungen. Wir fordern, dass Krisen endlich solidarisch gelöst werden, deshalb braucht es jetzt konsequente Umverteilung.

Durch die über Zinseszins exponentiell und über die Wertschöpfung der Realwirtschaft wachsenden Vermögen tragen zu vielen Fehlentwicklungen bei

Aktiencrashes und Konjunktureinbrüche werden verursacht

Die Bodenpreise und Mieten steigen

Die Armut und wirtschaftliche Benachteiligung der Mehrheit der Bevölkerung verfestigt sich

Renten, Krankenversorgung und Pflege sowie Bürgergeld werden eingeschränkt

Der Staat verschuldet sich oder verzichtet auf essentielle Investitionen

Durch die hohe Ungleichheit zwischen Arm und Reich verliert der demokratische Staat zunehmend an Unterstützung und stärkt die rechten und andere extremistische Parteien.

Die Vermögenssteuern in unseren EU-Partnerländern werden unterlaufen.

Wir können uns den derzeitigen Reichtum einfach nicht mehr leisten, wenn wir unseren Wohlstand und unser Gemeinwesen für alle erhalten wollen.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Matthias Striebich (KV Forchheim); Michael Mirbach (KV Grafschaft Bentheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Frank Schellenberger (KV Odenwald); Marius Meyer (KV Cloppenburg); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Andreas Müller (KV Essen); Jens Polster (KV Celle); Peter Meiwald (KV Ammerland); Uta Lentföhr-Rathjen (KV Neumünster); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.